

Königlich privilegierte Berlinerische Zeitung

von Staats- und gelehrten Sachen.

N^o 158.
Abend-Ausgabe.

Vossische

Zeitung.

1909.

Sonntag, den 3. April.



Abonnements vierteljährlich (ohne Zustellungsgebühr) bei unserer Expedition für Berlin 6 Mk., bei den Postanstalten des Deutschen Reichs monatlich 2.50 Mk. vierteljährlich 7.50 Mk., für Österreich-Ungarn 12 Kr. 6 Hell. Für das übrige Ausland nehmen das Postamt in Köln und auch die Postanstalten einiger Länder Abonnements entgegen, sowie unsere Expedition zum Preise v. 18 Mk. Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion Amt I. 7200. Expedition Amt I. 7402. Druckerei Amt I. 7200. Ferndruck-Anschluß der Redaktion: No. 38.

Anzeigen werden nach Schriftarten laut Tarif berechnet. Die gespaltene Zeile in kleiner Schrift kostet für das Morgenblatt 50 Pf., für die Beilage für Reise und Wandlung 30 Pf., für das Abendblatt 70 Pf., für die amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden 50 Pf. Im gespaltenen „Reklametext“ kostet die Zeile dieser Schriftart 1 Mk. 50 Pf., unter „Geschäftliche Mitteilungen“ 3 Mk. Post-Zeitungs-Freilists Seite 207.

Im Verlage Vossischer Erben.

Redaktion und Expedition Breite Straße No. 8. u. 9., Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des 207. Artikels) Hermann Bachmann in Berlin.

„Mein Reich ist von dieser Welt.“

Was Rom wird und geschrieben: Die Vossische hat — nicht zum ersten Male, aber mit einer fast brutalen Deutlichkeit und Ungeheuerlichkeit — aus Anlaß der letzten Parlamentarischen Session ein Bekenntnis abgelegt und es mit einem feierlichen Dokument der Inaugurationsrede bekräftigt. Dies Bekenntnis lautet: „Mein Reich ist von dieser Welt.“

Der geistliche Führer der „Christlich-Sozialen“ Don Romolo Murri, der sich einst bei unerschöpflichen Beifall des XIII. Conciliums als „neuer Christus“ mit sozialpolitischen und demokratischen Reaktionen drapierte, ist ergrimmigt worden, weil er eine soziale und politische Tätigkeit entwickelt hat, mit der der Papst nicht einverstanden ist, insbesondere weil er dem päpstlichen Verbot zum Trotz als Kandidat für das Parlament auftrat. Das Datum des „Erkommungstages“ dieses Mannes ist sein Beruf. „Was ist das Datum des 22. März, des dritten Tages der Generalinquisitionen bereits am 17. Februar den Befehl gibt, zur Exkommunikation zu streifen, falls Murri sich nicht „unzerlegt, vollkommen und unbedingt“ den Entscheidungen und Befehlen des Heiligen Stuhls unterwerfe.“ Aber die Zukunft ist vom 18. März, dem Tage vor dem Schluß des Conciliums, und das Verbot des „Santo Ufficio“ hat das Datum des 22. März, des dritten Tages der Exkommunikation, und Murri als Betreuer seiner Heimat Montenegro in der Provinz Acoli angeführt.

Don Romolo Murri ist als Mensch und Priester hochachtbar und unantastbar. Es hat ihm niemals das Geringste nachgelassen werden können, was ihn bei Priesterlebens oder gar des Namens eines Katholiken unwürdig machen könnte. Sein Verbrechen besteht einzig darin, daß er das Recht selbständiger politischer und sozialer Ansichten für sich in Anspruch nahm und Gleichgültigkeit um sich scharte, die gleich ihm die Aufgabe und Lebensbedingung der Kirche darin sehen, daß sie dem öffentlichen Leben der Nation und dem großen Fragen des nationalen Daseins nicht fremd und feindselig gegenüberstehe. Aber der Papst verlangt das Opfer des Anteilrechts nicht nur in Dingen des Glaubens und der Sitten, sondern auch in Fragen der Politik und sozialer Angelegenheiten. Wer hierin von der durch die römische Hierarchie vorgezeichneten Richtschnur abweicht, wird wie ein räubiges Schaf aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen, erkenne er auch noch so fromm und willig die Dogmen der Kirche und die Gehorsamspflicht in geistlichen Dingen an.

Murri hat niemals eine Kritik des Glaubens und der Dogmen noch auch eine Reform innerhalb der Kirche gedacht. Er hat sich sogar bemüht, dem Papsttum aus seiner Opposition gegen die neue Ordnung der Dinge in Italien, gegen den Laienstaat und die Bewegung Roms einen Vorwurf zu machen. Ja, er ist so wenig antireligiös, daß er eine Zeitung für ein, dem Papste ein kleines Landgebiet und einen gewissen Grad weltlicher Souveränität zurückzugeben, vorschlug, die mit anderen, nicht weniger antireligiösen Vorschlägen und Forderungen angeschlossen die römische Kammerpartei in einige Belegblätter lesen, als Murri ihr seinen Anschlag erklärte.

Den politischen Standpunkt des noch jugendlichen Priesters nennt man umfassen ist unmöglich. Wenn es ihm nicht an Fähigkeit, Unselbstständigkeit und einem Dyrismus fehlt, der an sich selbst nur aus Überzeugungstreue hervorgeht, so ist es wenigstens, wie die auffallenden Widersprüche in seinen Kundgebungen beweisen.

Murri ist 1870 in den Marken geboren. Er machte im Capranica-Kollegium und später an der Jesuitenuniversität in Rom seine Studien. Schon früh zeichnete er sich durch blutige und kritische Begabung aus. Und bald nach seiner Priesterweihe trat er als einer der wenigen antireligiösen geistlichen Kämpfer für eine Demokratisierung und Modernisierung der kirchlichen Ämter hervor. Wenn Begriff und Programm der „christlichen Demokratie“ in Italien auf Leo XIII. zurückzuführen, der unter dem Druck des vorkatholischen Justizmaßes bald mit der Distanz zurücknahm, was er mit der Rechten gegeben hatte, so können die heutigen „Christlich-Sozialen“ in Murri ihren geistigen Vater und Apostel sehen. Zu seinem Mittels der „Santana Socialis“ unermessenen Kampfe gegen die katholischen Konserwativen und Reaktionsäre in Venetien, die Bende Socialis, hatte er anfangs den Klagen, greifen Bergänger Pius X. auf seiner Seite, mit dem Unterschiede natürlich, daß es dem Papste auf eine Stärkung der Macht der Kirche ankomme, Murri und die Seinigen dagegen das materielle, moralische und geistliche Wohl der gebildeten katholischen Massen, namentlich des Adels, aber auch der Arbeiter, im Auge hatten. In der Capranica „Rom novorum“ hatte Leo bereits ein Programm der christlichen Demokratie aufgestellt, ohne sich allerdings dieser Bezeichnung zu bedienen. Es war ein Triumph der Murristen, daß die Capranica „Graves da comuni“ auch die von ihnen geforderte Bezeichnung janzionierte.

Aber in demselben Augenblicke begann auch die Spaltung. Der Bestand unter der „christlichen Demokratie“ nicht als eine intensiver katholische, dem Glauben und der Kirche dienende Aktion unter den breiten, niederen Volkschichten, auf die die Kirche sich stützen sollte, da die höheren Schichten unterworfen wurden. Murri und die Seinigen blieben zwar immer fest auf dem römisch-katholischen Boden, verfolgten aber das Ziel, die Macht der Kirche und der Hierarchie in den Dienst der sozialen Gerechtigkeit zu stellen, mit Hilfe der christlichen Glaubens- und Moralregeln die Klassengegnung zu überwinden und eine Lösung der breiten Massen zu erzielen.

Als Murri sich überzeugt, daß er hierbei zwar den niederen Klassen seiner Heimat gegenüber und einer Zeit von Dürftlingen hinter sich hatte, aber bei der Hierarchie Widerstand fand, sah er turndarben den Entschluß, die christliche Demokratie zu entkatholisieren, d. h. ohne und gegen die Hierarchie sein Werk fortzusetzen.

Die Klarheit und Gewandtheit, mit der er operierte, die dialektische Geschicklichkeit und die Vorsicht, die er in seinen Schriften übte, die Unangreifbarkeit seines kirchlichen Bekenntnis und religiösen Standpunktes machten es schwer, ihm beizukommen, auch nachdem im Vatikan an die Stelle der Justiz und Duldung Krugosch und Wiberstand getreten waren. Rampolla als Kardinal-Staatssekretär und Stepiatti als Bilar von Rom stellten dem Papste die Gefährlichkeit des „Murrianismus“ für die blinde Unwissenheit des niederen Klerus vor Augen, aber zu denken und sich bürgerliche Rechte und Pflichten bewußt zu werden begann. So trat zuerst in der vatikanischen Presse, dann auf den Kongress, endlich in päpstlichen Ansprachen und Erlassen immer deutlicher Warnungen und Klagen an die Adresse der „Christlich-Sozialen“ oder „christlichen Sozialisten“, wie man entlehnt sagte, ein.

Unter Pius X. wurde der Murrianismus in aller Form verurteilt. Murri antwortete auf die Klagen und Befehle seiner Vorgesetzten unerschrocken mit der Erklärung, daß er sich den weltlichen Ansprüchen und Erlassen immer deutlicher Warnungen und Klagen an die Adresse der „Christlich-Sozialen“ oder „christlichen Sozialisten“, wie man entlehnt sagte, ein. Unter Pius X. wurde der Murrianismus in aller Form verurteilt. Murri antwortete auf die Klagen und Befehle seiner Vorgesetzten unerschrocken mit der Erklärung, daß er sich den weltlichen Ansprüchen und Erlassen immer deutlicher Warnungen und Klagen an die Adresse der „Christlich-Sozialen“ oder „christlichen Sozialisten“, wie man entlehnt sagte, ein.

Selbstredend hat man es zu einer derartigen Aussprache und Rechtfertigung nicht kommen lassen; es würde allzu offenbar geworden sein, daß das Papsttum den Anspruch erhebt, auch die bürgerliche Betätigung der Priester und der Gläubigen überhaupt nach seinem Ermessen zu regeln und gegen politische Klagen den vorverurteilten Zwang auszuüben.

Gerade was die letzte Zeit wird eine Kundgebung bekannt, die zeigt, wie die römische Hierarchie die letzten von Papste bewilligte katholische Wahlbeteiligung auf sich. Am 4. März, drei Tage vor den Kammerwahlen, erging von der bischöflichen Kurie zu Anagni an die „ehrwürdige Geistlichkeit“ der Diöcese ein Rundschreiben des Inhalts, daß „in anbezug der Lage im Wahlkreis und unter Benutzung der erhaltenen Genehmigung seitens des Bischofs gestattet werde, daß die ihm unterbreiteten Katholiken sich an der Wahl beteiligen dürfen, wenn sie für den Abolaten Millelire stimmen, daß aber für die Anhänger eines anderen Bewerber das päpstliche Non expedit in Kraft bleibt!“

Es steht außer Zweifel, daß auf die gleiche Weise viele andere Bischöfe sich zu Wohlgehabten kirchlicher Parlamentarier gemeldet haben. Das beruht die Kirche ihre Macht in dem Dienst einer Partei hätte und dadurch ihr moralisches Ansehen in den Augen aller Gegner schädliche, gilt im Vatikan als erlaubt. Daß ein Priester eigenen politischen Überzeugungen Folge beweist Aufsehung gegen die Kirche Gottes und verdient ewige Verdammnis! „Mein Reich ist von dieser Welt.“

Die Orientkrisis.

Die österreichisch-serbischen Handelsbeziehungen. Wien, 3. April. (Eig. Drahtber.) Damit an Stelle des gegenwärtigen verreglossenen Zustandes ein Handelsprovisorium tritt, will Österreich-Ungarn die Durchfuhr österreichischer Gütergenüsse unter Belohnung in letzterinstanz Bestätigung über Belohnung nach einem bilateralen System und quer durch Österreich-Ungarn nach der Schwiz gehen.

Serbien.

Wien, 3. April. Das offizielle „Freundenblatt“ schreibt: Ein Serbien und Belgrad treffen seit einigen Tagen fortgesetzt Meldungen ein, die von einem unmittelbar bevorstehenden Thronwechsel in Serbien zu erzählen wissen; wie wir auf Grund authentischer Informationen feststellen vermögen, entsprechen diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage. (Abw. werten! Red.)

Bosnien.

Budapest, 3. April. (Eig. Drahtber.) In Sarajevo herrscht unter der mohamedanischen Bevölkerung große Entrüstung wegen eines angeblichen Verbruches des katholischen Erzbischofs Stabler, ein mohamedanisches Mädchen zu kaufen. — Gestern hielten etwa 200 Mohammedaner mit dem Bürgermeistler eine Beratung ab und nahmen folgenden Beschluß: an die Muhammedaner alle Unterfertigten Jähre Fortsetzung gewährt durch bisherige aggressive Handlungen des katholischen Klerus gegenüber den Muhammedanen in diesen Ländern, in denen unsere minderjährigen und schwachjünglichen Kinder dem unchristlichen Fanatismus katholischer Geistlicher zum Opfer fielen, den ein L. Geheimrat Dr. Stabler bekümmert, protestieren auf das entschiedenste gegen diese Schandtat des unwürdigen Jähre. — Die Muhammedaner dieses Unterfertigten Jähre ungeschickliche Angriffe auf unsere Heiligkeiten mit Befürchtung in die Zukunft, der wir unseren Nachwuchs anvertrauen sollen und verlangen deshalb von dem jüdischen Österreich-Ungarn genügende Garantien unter Anweisung der in der Proklamtion des Herrschers enthaltenen Worte. Wir bitten auch unsere Patrie, daß sie im Namen des unwürdigen Stablers diese Unmenslichkeit entsprechend geistlich hierauf wurde ein Ausschuß gewählt, der für den letzten Fall Genugthuung verlangen und Schritte zur Befriedigung von Wiederholungen unternehmen soll.

Wien, 3. April. (Eig. Drahtber.) Das Organ des Erzbischofs Stabler in Sarajevo teilt mit, daß die ungarische Regierung für Bosnien, die vom Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten diese Unmenslichkeit als ungeschicklich bezeichneten Privileg für die Abführung der bosnischen Grundbesitzer unter Androgation erhalten hat, nicht ins Leben treten werde. Wie vorangehen war, wird das Privileg auf ein von beiden Staaten der Monarchie gemeinsam zu errichtendes Beodrediktinstitnt übertragen werden.

Rußland und Montenegro.

Petersburg, 3. April. Die Petersb. Tel.-Ag. erzählt, die russischen Vertreter im Auslande seien gestern beauftragt worden, sich an die Regierungen der Signatarmächte mit der offiziellen Erklärung zu wenden, daß die russische Regierung nachdem sie in Ausführung des Artikels 25 des Berliner Vertrages (Bosnien und die Herzoginwitwe betreffend) auf dem Wege des Notenwechsels eingewilligt habe, es für zeitig und gerecht halte, jetzt auf demselben Wege zur Aufhebung der die Hoheitsrechte Montenegros betreffenden Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages zu schreiben, und den Montenegro die formelle Zustimmung zur Aufhebung der erwähnten Bestimmungen zu geben.

Nach den Bestimmungen des Art. 29 darf Montenegro weder Kriegsschiffe haben noch eine Kriegsmarine führen, und die Hafen- und Grenzschutzpolizei entlang dem montenegrinischen Küstenstreifen wird von Österreich-Ungarn ausgesetzt. Dies sind die hauptsächlichsten Bestimmungen, die der Art. 29 Montenegro auferlegt. Österreich-Ungarn hat bekanntlich nicht dagegen einzuwenden, daß diese Bestimmungen aufgehoben werden. Neb.

Türkei.

Konstantinopel, 3. April. (Eig. Drahtber.) In dem englandfreundlichen „Idman“ und seiner unter dem Titel „Zündend“ erscheinenden französischen Ausgabe veröffentlicht der frühere Großwesir Kiamil Pascha eine besondere Beteiligungsschrift gegen die wider ihn und seine Amtsführung erhobenen Anklagen. Er beschuldigt das jugoslawische Komitee, daß es sich nicht nur in die Regierungsgeschäfte sondern auch in seine persönlichen Angelegenheiten eingemischt habe, und führt als Beispiel die Tatsache an, daß das Komitee seinerzeit Mitglieder des Londoner Balkan-Komitees bei ihm, dem Großwesir, zu Tisch eingeladen, ohne daß er selbst vorher davon verständigt worden ist. Kiamil versichert, daß er nicht daran gedacht habe, den Absolutismus wiederherzustellen, was man ihm wohl auch Wort glauben darf. Wie wichtig man heute, was Kiamil feststellt, daß die damaligen Gerichte über eine beachtliche Abweisung des Sultans Entscheidung waren. Ebenso bekannt ist, daß die Krone, die damals Politik trieb und auch heute noch treibt, in zwei Lagen, für und gegen das Komitee, geteilt ist. Die Beteiligungsschrift Kiamil begibt die Verantwortung auf dieser Stelle geäußerte Auffassung, daß es sich bei der letzten innerpolitischen Krise lediglich um einen Kampf Kiamils gegen das Komitee gehandelt hat, wobei Kiamil unterliegt.

Was in England alles gelaunt wird.

Wien, 3. April. Das offizielle „Freundenblatt“ schreibt: Ein Londoner Blatt läßt sich aus München melden, daß für den Fall einer Besetzung der deutschen Grenzgebiete aus Böhmen, Serbien und Italien ein striktes gegen Serbien oder Rußland der Plan bestanden haben soll, den Dienst in den betreffenden Garnisonen von reichsdeutschen Truppen aus Sachsen und Bayern belegen zu lassen. Als Grund für eine derartige Bestimmung wird angegeben, daß die österreichische Regierung es nicht für angemessen hätte, Böhmen ohne deutsche Besatzung zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß derlei unheimliche Märchen auf den pulvischigen Markt getragen werden, obwohl ihre Urheber sich doch endlich überlegen haben konnten, daß sie nicht in Hände fielen, das europäische Urteil über die Solidität unserer inneren Verhältnisse angeht, der oft erwähnten Tatsachen zu beizufallen. Die F. u. L. Krone genießt in allen unterbreiteten und erhellten Kreisen eine so sehr begründeten vorzüglichen Ruf, das gegen sie mit leibhaftigen Beschuldigungen nicht anzufragen ist, und besäße gilt von dem Fortschritt unserer Bevölkerung.